



NACHRICHTEN

Ausgabe 2-2026

Information für Mitglieder

Was die mittelständische Wirtschaft im Lande hält: Herausforderungen und Perspektiven



Liebe Unternehmer, Verbandsmitarbeiter und Freunde der Stahl und Metall verarbeitenden Industrie,



die konjunkturelle Lage spitzt sich aufgrund multipler Krisen zu. Der Krieg im Iran, neue Zollankündigungen und andere Konflikte sind nicht zu kontrollieren. Ihre Auswirkungen auf die deutsche Industrie nehmen zu. Und was tut die Bundesregierung? Sie beginnt endlich, erste Reformvorhaben wie die Gesundheitsreform auf den Weg zu bringen. WSM begrüßt die angestrebten Neuerungen, aber es bleibt ein schaler Beigeschmack: Die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze wird im Ergebnis zu höheren Arbeitgeberanteilen bei der Krankenversicherung führen, die Lohnzusatzkosten werden weiter steigen und sich noch stärker von den angestrebten maximal 40 Prozent entfernen. Bei ausbleibendem Wirtschaftswachstum wird dies den weiteren Stellenabbau auch in den WSM-Branchen anheizen. Es bleibt zu hoffen, dass die eingesetzte Rentenkommission Vorschläge vorlegt, die nicht ebenfalls zu einer weiteren Belastung von Arbeit führt.

Wichtig ist, dass die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs steuert. Nur wenn die Politik noch viel beherzter und mit strategischem Weitblick reformiert, werden Wachstum und Beschäftigung zurückkommen. Man muss es klar sagen: Weitere Jahre der Stagnation wird der Sozialstaat in dieser Form nicht aushalten.

Die Regulierer in Brüssel nehmen auf die Wachstumsschwäche Deutschlands keine Rücksicht. Mit dem Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) und der Industrial Emissions Directive (IED) kommen im Gewande des Klima- und Umweltschutzes weitere Regelungen auf die Stahl- und Metallverarbeitung zu. Sie werden zu erheblichen Mehrkosten führen. Obwohl der „Green

Deal“ durch den „Clean Industrial Deal“ hätte abgelöst werden sollen, denkt man sich ständig neue Belastungen für die Unternehmen aus. Aber wird unser Leben besser, wenn weiter im rasanten Ausmaß Beschäftigung abgebaut wird? Ein Umdenken muss also nicht nur in Berlin, sondern auch in Brüssel einsetzen.

Um den globalen Herausforderungen entgegenzutreten, müssen wir in Europa wirtschaftliche Stärke zeigen. Wir sehen doch täglich, wie wir zum Spielball US-amerikanischer und chinesischer Interessen werden. Mit dem Anfachen globaler Krisen und der Verkündung neuer Zölle bringen uns die USA wirtschaftspolitisch in Bedrängnis. China ist zu einem harten Wettbewerber herangewachsen. Wer in dieser Situation die eigene Industrie ständig belastet und schädigt, handelt gegenüber unseren Zukunftschancen mindestens fahrlässig.

In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns mit der Mittelstandspolitik der Bundesregierung. Auch hier gilt, dass es nicht reicht, in Ankündigungen stecken zu bleiben. Es braucht eine klare Strategie, und die muss umgesetzt werden. Das sagen wir als Verband wieder und wieder mit deutlichen Worten. Ich lade Sie herzlich ein, diese und auch unsere anderen Themen in den aktuellen WSM-Nachrichten zu lesen.

Christian Vietmeyer
Christian Vietmeyer

INHALT

■ Aktuelles aus Wirtschaft & Politik

- 5 **WSM IM GESPRÄCH**
Gitta Connemann: „Brüssel muss verstehen, dass die europäische Idee eine Idee der Freiheit der Bürger war.“
- 11 **STANDORT DEUTSCHLAND**
Warum der Mittelstand bleibt – und was die Politik jetzt tun muss
- 16 **3 FRAGEN AN ...???**
Christian Vietmeyer – Rechtsanwalt und Hauptgeschäftsführer des Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V., Düsseldorf

■ Aus der Branche

- 18 **WSM-KONJUNKTUR**
Auf einen Blick
- 19 **WSM-KONJUNKTUR**
Produktion sinkt im ersten Quartal um 2,3 %

■ WSM Intern

- 20 **WSM-MITGLIEDERVERSAMMLUNG**
Die kommenden Jahre: anspruchsvoll, aber gestaltbar

■ Neues aus unserem Verbändenetzwerk

- 22 **ArGeZ PRESSEKONFERENZ AM 20. APRIL 2026**
Die Zulieferindustrie steht unter anhaltendem Druck

■ Für die Betriebspraxis

- 23 **RECHT**
Der Bundesfinanzhof kippt die bisherige Praxis zur Umsatzbesteuerung von Mitgliedsbeiträgen in Sportvereinen
- 24 Vereinsmitglieder haben einen Anspruch auf Herausgabe der E-Mail-Adressen
- 25 **INDUSTRIELLE VERSICHERUNGEN (54)**
Warum Transformation und Versicherbarkeit zusammengedacht werden müssen

IMPRESSUM

Herausgeber
WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.
Uerdinger Str. 58-62
40474 Düsseldorf
Telefon: 0211 / 95 78 68 22
info@wsm-net.de
www.wsm-net.de
Hauptgeschäftsführer:
Christian Vietmeyer

Verlag
Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2
53359 Rheinbach
Telefon: 02226 / 802-0
verlag@ubg365.de
HRB 10605 AG Bonn
Geschäftsführer:
Jonathan Schreyer
Frank Stuch

Redaktion
Christian Vietmeyer (WSM/V.i.S.d.P.)
Christine Demmer (UBG)

Projektleitung (UBG)
Sonja Bach-Meiers (UBG)
Telefon: 030 / 22 070-271
sonja.bach-meiers@ubg365.de

Anzeigenverwaltung
Claudia Kuchem (UBG)
Telefon: 02226 / 802-213
claudia.kuchem@ubg365.de

Titelfoto
Anton - stock.adobe.com

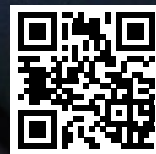
Die WSM Nachrichten werden vier Mal jährlich herausgegeben. Mitgliedsunternehmen erhalten sie kostenlos im Rahmen ihrer Mitgliedschaft.

Urheberrechte:
Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Herausgebers nicht erlaubt.

© WSM 2026

MANCHMAL HILFT NUR EINE NEUE PERSPEKTIVE ...

hahn,consultants - die Unternehmensberatung,
die für Sie stets den Überblick behält.



Wir finden die Lösung. Gemeinsam.

hahn,consultants ist anerkannter Consultingpartner des Mittelstands. Seit über 20 Jahren sind wir erfolgreich tätig, vornehmlich für mittelständische Industrieunternehmen. Unsere hohen Beratungsstandards werden gewährleistet durch die Expertise unserer Arbeiterteams und das überregionale Partner-Netzwerk. Unser Versprechen an Sie: Kompetenz zu Ihrem Vorteil, ganzheitliche Lösungsansätze und praxisnahe Umsetzung.

hahn,consultants gmbh

Memeler Straße 30 | 42781 Haan | Tel. +49 (0)21 29 - 55 73 10
Lister Straße 9 | 30163 Hannover | Tel. +49 (0)5 11 - 899 399 10
Arnulfstraße 37 | 80636 München | Tel. +49 (0)89 - 2123 114 10
Bad Nauheimer Straße 4 | 64289 Darmstadt | Tel. +49 (0)61 51 - 734 751 86
info@hahn-consultants.de | www.hahn-consultants.de



Restrukturierung/Sanierung



M&A/Unternehmensnachfolge



Wachstum



Unternehmenssteuerung

hahn,consultants
STRATEGIE | ORGANISATION | MANAGEMENT

WSM im Gespräch

„Brüssel muss verstehen, dass die europäische Idee eine Idee der Freiheit der Bürger war.“

Gitta Connemann (MdB) ist Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT)

Nicht nur Konzerne, sondern auch der industrielle Mittelstand verlagern Produktion ins Ausland. Mit welchen Maßnahmen kann die Politik die Produktion im Land halten?

Gitta Connemann: Deutschland ist ein führendes Industrieland und muss es bleiben. Fast jeder fünfte Euro unserer Wirtschaftsleistung entsteht in der Industrie. Rund 20 % unserer Bruttowertschöpfung hängen direkt an ihr. 7,25 Millionen Menschen verdienen dort ihr Geld.

Wohlstand muss erwirtschaftet werden können – auch in der Industrie. Sie gehört zum Rückgrat unserer Wertschöpfung, ist Motor unserer technologischen Zukunft und Garant unserer strategischen Souveränität. Gerade im verarbeitenden Gewerbe gibt es nicht nur Konzerne, sondern ganz viele kleine und mittelständische Unternehmen. Auch die Zulieferindustrie ist mittelständisch geprägt.

Doch unsere Industrie steht unter Druck. Jedes vierte Unternehmen plant Stellen abzubauen oder sich zu verlagern. Wir stehen an einem industriellen Wendepunkt. Die Welt um uns verändert sich rasant. In dieser Lage stellt sich die entscheidende Frage: Bleibt Deutschland führendes Industrieland? Für mich ist die Antwort klar: ja. Es muss. Und es ist möglich: Deutschland hat immer noch ein starkes industrielles Fundament. Unsere Unternehmen sind Welt-



Gitta Connemann

Foto: MIT

spitze. Unsere Beschäftigten gehören zu den besten Fachkräften der Welt. Aber dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen.

Und Mittelstand und Wirtschaft sagen uns genau, was passieren muss: Sie brauchen bessere Standortbedingungen. Sie brauchen Luft zum Atmen – weniger Bürokratie, weniger Abgaben und Steuern, innovationsfreundliche Regulierung, wettbewerbsfähige Energiekosten.

Der Mittelstand stellt in Deutschland rund 55 % der Arbeitsplätze, vereint auf sich also etwas mehr als die Hälfte aller Beschäftigten. Nun wird die Forderung laut, dass „mehr gearbeitet“ werden müsse. Was konkret fordern Sie als Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT)?



Gitta Connemann: Es wurden bereits zwei Kernforderungen der MIT umgesetzt, um Menschen in Arbeit zu bringen oder länger im Arbeitsmarkt zu halten: Mit der Reform der Grundsicherung und mit Einführung der Aktivrente. Damit bleiben unverzichtbare Arbeits- und Fachkräfte den Betrieben mit ihrer Kompetenz und Erfahrung erhalten. Denn jede Hand wird gebraucht. Der demografische Wandel fordert seinen Tribut. Bis zum Ende dieser Wahlperiode werden wir eine Million Erwerbspersonen verlieren.

Der Mittelstand, der häufig regional verwurzelt ist und nicht wie Großunternehmen mit eigenen Personalabteilungen international Fachkräfte anwerben kann, wird hier besonders gefordert sein. Um unseren Wohlstand zu erhalten, werden wir daher mehr, länger und effizienter arbeiten müssen. Auf der einen Seite müssen wir weitere Anreize schaffen, damit Beschäftigte ihre Arbeitszeit ausweiten. Das muss sich im Geldbeutel von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern niederschlagen. Wir brauchen eine Einkommenssteuerreform, die die breite arbeitende Mitte spürbar entlastet.

Daneben brauchen wir eine wöchentliche Höchst- arbeitszeit. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit ist

längst überfällig. Eine wöchentliche statt einer täglichen Höchst- arbeitszeit entspricht der Lebenswirklichkeit. Mehr Flexibilität hilft aber nicht nur den Betrieben, sondern auch den Mitarbeitern. Denn diese bedeutet mehr Zeitsouveränität, sichert eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Arbeitsplätze. Sommerüberstunden sind der beste Schutz gegen Winterarbeitslosigkeit. Und deshalb dürfen wir nicht strenger sein, als es das EU-Recht vorschreibt.

Auf der anderen Seite müssen wir Frühverrentungsanreize und einseitige Rechtsansprüche auf Arbeitszeitreduzierung zurückführen. Die Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 war ein Fehler. Sie belastet die Rentenkasse und verschärft den Fachkräftemangel. Darüber hinaus müssen wir die Abschläge bei früherem Renteneintritt erhöhen. Und ja, wir werden bei steigender Lebenserwartung auch über eine angemessene Anhebung des Renteneintrittsalters sprechen müssen. Letztlich müssen auch die Teilzeitanträge auf den Prüfstand. Nicht für Personen, die darauf angewiesen sind wie pflegende Angehörige, Eltern, die ihre Kinder betreuen oder Erwerbstätige, die sich in einer Rekonvaleszenz oder Weiterbildung befinden. Aber eine Solidargemeinschaft lebt auch davon,

dass jeder sich nach seinen Fähigkeiten einbringt. Hier gilt grundsätzlich das Gleiche wie bei der Grundsicherung: Wer arbeiten kann, soll auch arbeiten.

Ein Problem für die mittelständische Wirtschaft sind die gestiegenen Lohnzusatzkosten. Wie bekommen wir diese wieder auf maximal 40 % eingefangen?

Gitta Connemann: Ein stabiles und gerechtes Sozialversicherungssystem muss finanzierbar bleiben. Der Gesamtsozialversicherungsbeitrag liegt aktuell bei über 42 %. Diese hohen Lohnzusatzkosten sind bereits heute ein erheblicher Wettbewerbsnachteil. Hinzu kommt: Ohne konsequente und umfassende Strukturreformen droht ein Anstieg auf über 50 %.

Wir müssen handeln – und zwar jetzt.

Ganz aktuell geht unsere Bundesgesundheitsministerin Nina Warken mit gutem Beispiel voran. Auf Empfehlung der Finanzkommission Gesundheit hat sie ein erstes Sparpaket vorgelegt, um die Beiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zunächst zu stabilisieren. In einem zweiten Schritt sollen weitere Vorschläge umgesetzt werden, die zu einer Senkung des Beitragssatzes führen. Über einzelne Punkte wie die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und die Tatsache, dass GKV-Versicherten nach dem derzeitigen Entwurf nach wie vor den Löwenanteil der Finanzierung von Grundsicherungsempfänger schultern sollen, werden wir im parlamentarischen Verfahren noch sprechen müssen.

Eines ist aber klar: Wir müssen zurück zu einer einnahmenorientierten Ausgabenpolitik. Ausgaben- und Strukturprobleme in der GKV und der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) müssen verursachungsgerecht im System gelöst werden. Wir brauchen mehr Eigenverantwortung der Versicherten, mehr Kostentransparenz, mehr Wettbewerb zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung, mehr Effizienz. Die SPV

werden wir als Teilkaskoversicherung erhalten. Für Leistungsausweitungen gibt es in der Umlagefinanzierung weder in der GKV noch in der SPV einen Spielraum.

Nach den Arbeitskosten sind für den produzierenden Mittelstand die Energiekosten, ohnehin sehr hoch im internationalen Vergleich, das zweitgrößte Problem. Doch diese Reihenfolge kann sich angesichts der Lage in Westasien rasch ändern. Werden wir auf Dauer sehr viel höhere Strom- und Gaspreise bezahlen müssen? Was gedenkt die Politik dagegen zu unternehmen?

Gitta Connemann: Wir ordnen die Prinzipien der Energiepolitik neu. Früher galt, dass die Energieversorgung nachhaltig, gesichert und bezahlbar sein muss. Dieses Dreieck ist in den letzten Jahren in Unwucht geraten – auch zulasten der Metall verarbeitenden Zulieferindustrie. Unsere Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche rückt dies wieder gerade. Die Ausgewogenheit von Ökonomie, Ökologie und Versorgungssicherheit ist Grundvoraussetzung für einen wettbewerbsfähigen Standort. Dies lässt sich nur mit echter Technologieoffenheit realisieren.

Dafür haben wir bereits einige wichtige Schritte eingeleitet. Die Gasspeicherumlage wurde abgeschafft, die Übertragungsnetzkosten gesenkt, die Stromsteuer für energieintensive Betriebe dauerhaft reduziert, der Industriestrompreis auf den Weg gebracht.

Am Ziel, 80% unserer Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, rütteln wir nicht. Auch die Erneuerbaren sind für Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit unverzichtbar. Aber hier gibt es ebenfalls erheblichen Reformbedarf. Unsere Stromerzeugung und der Netzausbau müssen systemdienlich und nach marktwirtschaftlichen Prinzipien gestaltet werden.

Klar ist: Wir müssen unsere Abhängigkeiten verringern und die Belastung aus Steuern und



Bürokratie reduzieren. Wir brauchen mehr internationale Energiepartnerschaften und müssen die Stromsteuersenkung für alle endlich umsetzen. Das Thema der Kernkraftwerke neuer Generation darf kein Tabuthema mehr sein.

Sie fordern wiederholt von der Politik Entbürokratisierung, Zollreformen und schnellere Genehmigungsverfahren. An wen ist Ihre Forderung gerichtet, und was sollten die Adressaten Ihrer Meinung nach konkret tun?

Gitta Connemann: An uns alle. So haben wir beispielsweise aktuell durchsetzen können, dass Sicherheitsbeauftragte in Unternehmen erst bei einer Mitarbeiterzahl von 50 eingesetzt werden müssen, sofern keine besondere Gefährdung besteht. In kleinen und mittleren Unternehmen wird dadurch die Arbeitskraft von 123.000 Sicherheitsbeauftragten entlastet und für wertschöpfendere Aufgaben frei. Das allein ist kein Spielveränderer. Aber Überregulierung und Bürokratie sind die Summe aller Teile, die einzeln zurückgekauft werden müssen.

Auf europäischer Ebene haben wir leider bei vielen Verantwortlichen noch ein fehlendes

Problembewusstsein im Bereich Bürokratie. Deshalb muss der Bund aktuell noch Vorgaben umsetzen, die in die deutlich falsche Richtung gehen – von Entgelttransparenzrichtlinie bis Wiederherstellungsverordnung. Brüssel muss endlich wieder verstehen, dass die europäische Idee eine Idee der Freiheit der Bürger und des Binnenmarktes war. Diese Idee braucht eine Renaissance.

Bürokratie ist aber auch ein Problem der Denkweise. Der öffentliche Dienst hat auf allen Ebenen des Staates häufig Ermessensspielräume, die aber auch zu Gunsten der Wirtschaft genutzt werden müssen. Bei Genehmigungsverfahren werben wir dafür, etwa das Instrument der Vollständigkeits- und Genehmigungsfiktion stärker zu nutzen. So sollten Genehmigungen nach drei Monaten als erteilt gelten, sofern eine Behörde bei Vorlage aller Unterlagen in dieser Zeit nichts Gegenteiliges feststellt.

Mittelständler brauchen unternehmerische Freiheiten, denn sie wollen Innovationen entwickeln, Märkte erschließen und die Zukunft gestalten. Viele fühlen sich aber in ihrem Schwung ausgebremst. Die Hoffnung

auf Wachstumsimpulse schwindet. Was muss geschehen, damit mehr Zuversicht im Mittelstand einzieht?

Gitta Connemann: Tatsächlich hat die Zuversicht im Mittelstand gelitten. Ich habe die Probleme bereits angesprochen: Hohe Energiekosten, überbordende Bürokratie, eine hohe Steuer- und Abgabenlast dämpfen Unternehmertum und Zuversicht. Um die Zuversicht im Mittelstand zu stärken, müssen wir den Standort attraktiver machen.

Ganz wichtig ist aber auch, dass die Politik und auch die handelnden Politiker glaubhaft wirtschafts- und unternehmerfreundlich sind. Investoren, Gründer und Unternehmer brauchen das Vertrauen, dass die Politik den notwendigen Wandel entschlossen anstoßen und erfolgreich umsetzen kann. Die Bundesregierung hat viel getan, um Vertrauen in der Wirtschaft zurückzugewinnen, aber der Weg ist noch weit. Und das

hat der Mittelstand bereits gemerkt. Bis vor dem Ausbruch des Iran-Kriegs war das Geschäftsklima im Mittelstand gestiegen, zuletzt bekam die Stimmung wieder einen Dämpfer, auch in der Zulieferindustrie.

Trotz allem gilt aber auch: Wir sollten unser Licht als Industriestandort nicht unter den Scheffel stellen. Gerade für den Mittelstand hat Deutschland nach wie vor viel zu bieten. Eine hervorragende Infrastruktur, Rechtssicherheit, gut ausgebildete Fachkräfte, viele Universitäten und eine zentrale Lage mitten in Europa. Ich bin zutiefst überzeugt, dass dieses Land – Politik und Mittelstand gemeinsam – die derzeitigen Herausforderungen bewältigen kann. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir diese Stärken einbüßen und müssen gleichzeitig mit Mut die Defizite angehen. Dann hat auch die Zuversicht im Mittelstand wieder eine Chance. ■

Wir bedanken uns für das Gespräch.



- **Deutscher Schraubenverband e.V. – DSV**
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02331 9588-11, www.schraubenverband.de
- **Eisendraht- und Stahldraht-Vereinigung e.V. – ESV**
Kaiserswerther Str. 137, 40474 Düsseldorf, Telefon: 0211 4564237, www.drahtverband.org
- **Fachverband Industrie verschiedener Eisen- und Stahlwaren e.V. – IVEST**
An der Pönt 48, 40885 Ratingen, Telefon: 02102 186200, www.ivist.de
- **Fachvereinigung Kaltwalzwerke e.V. – FVK**
Kaiserswerther Str. 137, 40474 Düsseldorf, Telefon: 0211 4564120, www.fv-kaltwalzwerke.de
- **Fachverband Metallwaren- und verwandte Industrien e.V. – FMI**
Leostr. 22, 40545 Düsseldorf, Telefon: 0211 5773910, www.fmi.de
- **Fachverband Pulvermetallurgie e.V. – FPM**
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02331 958817, www.pulvermetallurgie.com
- **Herstellerverband Haus & Garten e.V. – HHG**
Klaus-Bungert-Str. 5a, 40468 Düsseldorf, Telefon: 0211 157765-0, www.herstellerverband.de
- **Industrieverband Bau- und Bedachungsbedarf – IV B+B**
Am Kiel-Kanal 2, 24106 Kiel, Telefon: 0431 90887294, www.ivbb-net.de
- **Industrieverband Blechumformung e.V. – IBU**
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02331 958831, www.industrieverband-blechumformung.de
- **Industrieverband Garten e.V. – IVG**
Wiesenstraße 21a, 40549 Düsseldorf, Telefon: 0211 90999800, www.ivg.org
- **Industrieverband Härtetechnik e.V. – IHT**
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02331 958825, www.haertetechnik.org
- **Industrieverband Massivumformung e.V. – IMU**
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02331 958813, www.massivumformung.de
- **Verband der Deutschen Federnindustrie e.V. – VDFI**
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02231 958851, www.federnverband.de

Standort Deutschland

Warum der Mittelstand bleibt – und was die Politik jetzt tun muss

Angesichts der schwierigen Situation der Wirtschaft fürchten nicht nur notorische Schwarzseher, der industrielle Mittelstand könnte sein Glück im Ausland suchen. Dieser Besorgnis tritt unser Autor mit Überzeugung entgegen. Gleichzeitig appelliert er an die Politik, die Rahmenbedingungen zu verbessern – damit das Rückgrat der deutschen Wirtschaft stark und tragfähig bleibt.



Foto: Igor Link - stock.adobe.com

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Besonders der Mittelstand steht unter erheblichem Druck. Mehrere Belastungsfaktoren wirken gleichzeitig und schwächen die Unternehmen spürbar in ihrer Substanz und ihren Zukunftsperspektiven.

Ein zentrales Problem sind die stark gestiegenen Energiekosten. Geopolitische Spannungen, unterbrochene Lieferketten und strukturelle Veränderungen auf den globalen Energiemärkten treiben die Preise für Öl und Gas nach oben. Für viele Betriebe ist Energie längst zu einem kritischen Kostenfaktor geworden, der direkt die Wettbewerbsfähigkeit beeinflusst und teilweise sogar die Existenz gefährdet.

Parallel dazu leidet die Inlandsnachfrage. Die anhaltend hohe Inflation hat die reale Kaufkraft der privaten Haushalte deutlich geschwächt. Viele Verbraucher reagieren mit Zurückhaltung und reduzieren ihre Ausgaben. Diese Entwicklung trifft insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die stark vom Binnenmarkt abhängig sind. Fehlende Nachfrage führt wiederum zu sinkenden Investitionen und verstärkt die wirtschaftliche Abwärtsspirale.

Auch das Auslandsgeschäft liefert derzeit nur begrenzte Impulse. Zunehmende Handelshemmnisse, geopolitische Unsicherheiten und protektionistische Tendenzen erschweren den Export. In wichtigen Absatzmärkten verschlechtern sich die

Rahmenbedingungen, wodurch deutsche Produkte an Preis- und Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Hinzu kommt eine hohe bürokratische Belastung. Unternehmen sehen sich mit einer Vielzahl von Vorschriften, Dokumentationspflichten und regulatorischen Anforderungen konfrontiert. Die Einhaltung dieser Regeln bindet erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen, die für Innovation, Digitalisierung und Wachstum fehlen.

Gleichzeitig befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Traditionelle Industrien verlieren schrittweise an Bedeutung, während neue Bereiche wie wissensintensive Dienstleistungen und die Energiebranche wachsen. Dieser Wandel erfordert hohe Investitionen und Anpassungsfähigkeit, was viele Unternehmen zusätzlich unter Druck setzt.

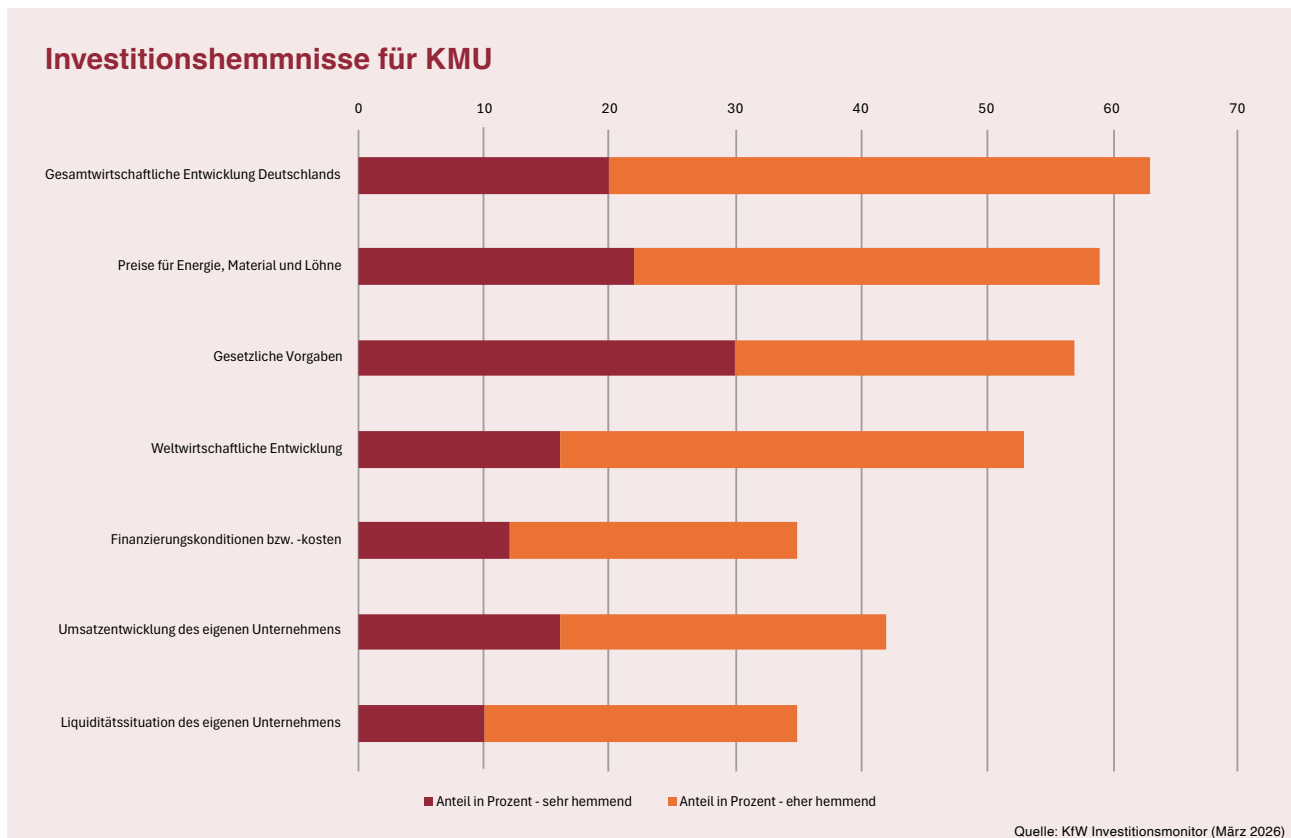
Die Folgen sind deutlich sichtbar: Die Zahl der Insolvenzen steigt, teilweise auf den höchsten Stand seit Jahrzehnten. Arbeitsplätze gehen

verloren, und die Unsicherheit nimmt zu. Vor diesem Hintergrund wird in vielen Unternehmen die Frage nach einer Verlagerung von Produktion oder Investitionen ins Ausland intensiver diskutiert.

Warum der Mittelstand dennoch bleibt

Trotz dieser Belastungen zeigt sich eine bemerkenswerte Stabilität. Die große Mehrheit der mittelständischen Unternehmen bekennt sich weiterhin klar zum Standort Deutschland. Diese Entscheidung basiert weniger auf emotionaler Bindung als auf rationalen wirtschaftlichen Überlegungen.

Ein wesentlicher Faktor ist die solide Eigenkapitalbasis vieler Betriebe. In wirtschaftlich guten Jahren wurden Rücklagen aufgebaut, die nun als Puffer dienen. Dieses finanzielle Polster erhöht die Krisenresilienz und ermöglicht es den Unternehmen, auch schwierige Phasen zu überstehen, ohne sofort grundlegende Standortentscheidungen treffen zu müssen.



Ein weiterer Grund liegt in den Risiken eines Standortwechsels. Internationale Märkte sind von Unsicherheit geprägt, politische Eingriffe oft schwer vorhersehbar. Handelskonflikte, regulatorische Änderungen oder lokale Marktbedingungen können Investitionen schnell entwerten. Deutschland bietet trotz aller Herausforderungen ein vergleichsweise stabiles und verlässliches Umfeld mit hoher Rechtssicherheit.

Zudem profitieren viele Unternehmen von staatlichen Investitionen. Öffentliche Ausgaben in Infrastruktur, Verteidigung und Transformation schaffen Nachfrage und stabilisieren einzelne Branchen. Insbesondere Bauwirtschaft und Industrie erhalten dadurch wichtige Impulse.

Ein entscheidender Standortvorteil bleibt das Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte. Das duale Ausbildungssystem sorgt für gut ausgebildete Fachkräfte, die international geschätzt werden. Für viele Unternehmen ist dieses Humankapital ein zentraler Erfolgsfaktor. Ein Standortwechsel

würde häufig den Verlust eingespielter Teams und wertvollen Know-hows bedeuten.

Diese Kombination aus finanzieller Stabilität, institutioneller Verlässlichkeit, staatlicher Nachfrage und qualifizierten Arbeitskräften erklärt, warum der Mittelstand trotz wachsender Herausforderungen überwiegend am Standort Deutschland festhält.

Was die Politik jetzt tun muss

Die vorhandene Widerstandskraft der Unternehmen ist eine wichtige Grundlage, reicht jedoch allein nicht aus. Um Investitionen anzuregen und Wachstum zu ermöglichen, müssen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen gezielt verbessert werden.

Erstens ist ein konsequenter Abbau von Bürokratie erforderlich. Komplexe Genehmigungsverfahren, umfangreiche Berichtspflichten und ineffiziente Verwaltungsprozesse verursachen

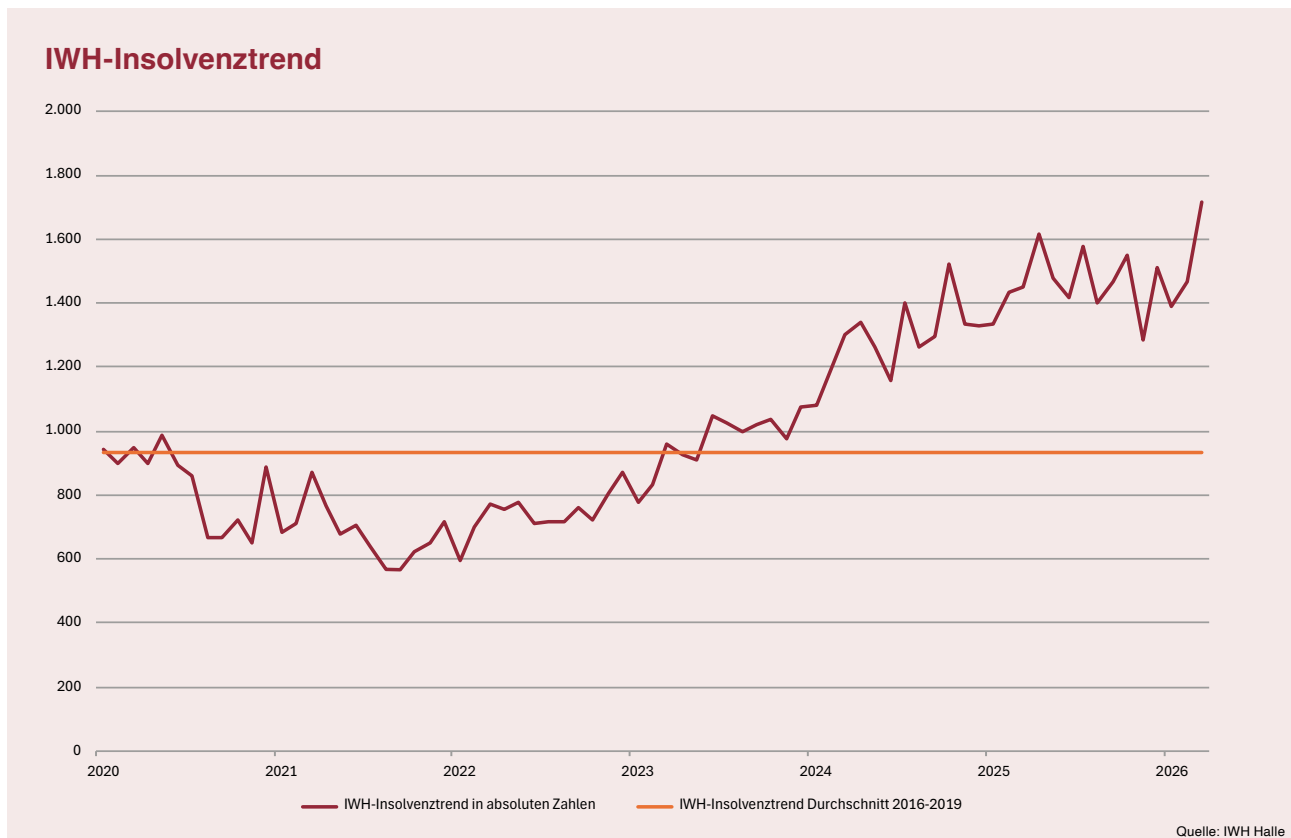




Foto: Marco2811 - stock.adobe.com

hohe Kosten und Verzögerungen. Eine Vereinfachung und Beschleunigung würde Unternehmen unmittelbar entlasten und Freiräume für produktive Tätigkeiten schaffen.

Zweitens spielt die steuerliche Belastung eine zentrale Rolle. Im internationalen Vergleich sind Unternehmenssteuern in Deutschland hoch, was Investitionen unattraktiver macht. Eine gezielte Entlastung könnte die Eigenkapitalbildung stärken und zusätzliche Investitionen in Innovation und Modernisierung ermöglichen. Gleichzeitig würde eine Entlastung der privaten Haushalte die Konsumnachfrage stabilisieren.

Drittens ist die Energiepolitik von entscheidender Bedeutung. Wettbewerbsfähige Energiepreise sind eine Grundvoraussetzung für viele Branchen. Neben der Senkung staatlicher Abgaben kommt es vor allem auf Planungssicherheit und Versorgungssicherheit an. Der Ausbau von Infrastruktur, Speicherkapazitäten und erneuerbaren Energien muss deutlich beschleunigt werden, um langfristig stabile Rahmenbedingungen zu schaffen.

Fazit

Der deutsche Mittelstand bleibt trotz der aktuellen Krise überwiegend am Standort Deutsch-

land. Diese Entscheidung basiert auf wirtschaftlicher Rationalität und den weiterhin vorhandenen strukturellen Stärken des Landes. Gleichzeitig zeigt die Situation deutlich, dass die bestehenden Rahmenbedingungen nicht ausreichen, um nachhaltiges Wachstum zu sichern.

Die Politik steht daher vor der Aufgabe, gezielt gegenzusteuern. Weniger Bürokratie, wettbewerbsfähige Steuern und eine verlässliche Energieversorgung sind zentrale Hebel, um die Investitionsbereitschaft zu stärken. Gelingt dies, kann der Mittelstand seine Rolle als Rückgrat der deutschen Wirtschaft auch in Zukunft erfüllen. ■

Dr. Hans-Jürgen Völz
Chefvolkswirt

Der Mittelstand. BVMW
Potsdamer Straße 7
10785 Berlin

Tel. 030 / 533 206-49
Hans-Juergen.Voelz@bvmw.de
www.bvmw.de



Foto: BVMW

Ansprechpartner

WSM-PARTNER

Gemeinsam stark!

INDUSTRIELLE VERSICHERUNGEN



Versicherungsstelle Stahl- und Metallverarbeitung
Ein Unternehmen der LEUE NILL Gruppe

**VSM Versicherungsstelle
Stahl- und Metall-
verarbeitung GmbH**
Hohenzollernstraße 2
44135 Dortmund

Günter Hennig

Telefon: 0231 5404430
Fax: 0231 54047430
guenter.hennig@leue.de

ENERGIEBERATUNG



Energie Consulting GmbH
energy consultants

**ECG Energie Consulting
GmbH**
Wilhelm-Leonhard-Straße 10
77694 Kehl-Goldscheuer

Prof. Dr. Jürgen Joseph

Telefon: 07854 98750
Fax: 07854 9875200
juergen.joseph@ecg-kehl.de

UNTERNEHMENSBERATUNG



VIA Consult

VIA Consult GmbH & Co. KG
Kurfürst-Heinrich-Straße 10
57462 Olpe/Biggesee

Guido Solbach

Telefon: 02761 83668-14
Fax: 02761 83668-24
g.solbach@via-consult.de

UNTERNEHMENSBERATUNG

hahn,consultants gmbh
Memeler Straße 30
42781 Haan



Holger Hahn

Telefon: 02129 557333
Fax: 02129 557311
h.hahn@hahn-consultants.de

FINANZIERUNG

**Deutsche Bank AG
Verbände und Institutionen**
Taunusanlage 12
60325 Frankfurt



Dr. Alexander Winkler

Telefon: 069 910-39018
alexander.winkler@db.com



Drei Fragen an...

Christian Vietmeyer

Rechtsanwalt und Hauptgeschäftsführer des Wirtschaftsverband
Stahl- und Metallverarbeitung e.V., Düsseldorf



Christian Vietmeyer

Was macht aus Ihrer Sicht eine gute Mittelstandspolitik aus?

Christian Vietmeyer: Eine gute Mittelstandspolitik bedeutet, dass den begrenzten Ressourcen der mittelständischen Betriebe Rechnung getragen wird. Insbesondere in der Industrie können nur in engen Grenzen Verwaltungsstellen geschaffen werden. Wenn die Politik immer mehr Dokumentations- und Erklärungspflichten einführt, muss sie zuerst überlegen, ob das überhaupt erforderlich ist und man es nicht besser weglässt.

Im zweiten Schritt müssen die bürokratischen Pflichten so ausgestaltet werden, dass ein Mitarbeiter sie neben seiner übrigen Arbeit gut schaffen kann. Das bedeutet, dass eine digitale Erfüllung stets Vorrang haben muss. Der produzierende Mittelstand kann keine zusätzlichen, teuren Verwaltungsstellen aufbauen, um staatliche Vorgaben zu erfüllen. Großkonzerne sind da einfach anders aufgestellt, obgleich auch große

Unternehmen an ihre Belastungsgrenze angekommen sind.

Es macht außerdem oft keinen Sinn, kleine Unternehmen zum Beispiel mit Umweltauflagen zu belasten. Denn deren Einfluss auf die Umwelt ist zu gering, als dass solch ein Aufwand zu rechtfertigen wäre. Die Schwellenwerte für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) müssen endlich nach oben angepasst werden.

Wie beurteilen Sie die Mittelstandspolitik der Bundesregierung?

Christian Vietmeyer: Auch diese Bundesregierung bekennt sich zum Mittelstand und hat mit Gitta Connemann (siehe Interview S. 5) eine Mittelstandsbeauftragte berufen. Positiv hervorzuheben ist, dass der vor einem Jahr geschlossene Koalitionsvertrag sehr viele richtige Maßnahmen zum Bürokratieabbau enthält. In dem Umfang hatten wir das bislang noch nie gesehen. Es ist sogar ein Ministerium geschaffen worden, das sich um Bürokratieabbau kümmert.

Jetzt sehen wir leider, dass die Dinge doch nur sehr langsam vorankommen.

Ein wesentliches Problem aus meiner Sicht ist dabei, dass die Europäische Union keinen echten Bürokratieabbau anstrebt. Vielmehr kommen weiterhin zahlreiche Regulierungen aus Brüssel, die auch den Bundesgesetzgeber immer wieder zur Umsetzung und zu neuen Ver-



pflichtungen der Unternehmen zwingen. Man glaubt dort immer noch, das Klima mit Bürokratie retten zu können. Das muss ein Ende haben.

Hinzu kommt: Auch innerhalb der deutschen Ministerien gibt es immer wieder Widerstände gegen den Bürokratieabbau. Oftmals wird das mit vermeintlich höherrangigen Zielen begründet, wie mit dem Schutz von Arbeitnehmerrechten oder der Umwelt. Auch dort müssen Abwägungen in Zukunft wirtschaftsfreundlicher ausfallen.

Der Mittelstand ist besorgt aufgrund des anstehenden Urteils zur Erbschaftssteuer. Wie sehen Sie das?

Christian Vietmeyer: Es ist schon erstaunlich, dass etwa alle zehn Jahre Fälle zur Besteuerung von Betriebsvermögen zum Bundesverfassungsgericht getrieben werden. Zuletzt saß man dort 2015 zusammen. Damals hatte das Bundesverfassungsgericht festgestellt, das Betriebsvermögen im Übertragungsfall anders zu behandeln ist als zum Beispiel Bankguthaben. Denn der Be-

trieb unterliegt in Deutschland einer höheren Sozialbindung, und dies rechtfertigt eine Steuerabschmelzung, wenn er bei gleicher Lohnsumme über mehrere Jahre fortgeführt wird.

Ich hoffe, dass sich an diesem berechtigten System nichts ändert. In meiner Funktion als Verbandsgeschäftsführer bin ich selbst gelegentlich Zeuge von Unternehmensübertragungen an die nächste Generation. Oberste Priorität hat in diesen Fällen immer der langfristige Erhalt des Unternehmens. Der Nachfolger bekommt kein Bargeld, sondern viel Arbeit und eine große Verantwortung. Nicht selten trifft ihn das in der Lebensphase der Familiengründung. Und trotzdem tun diese Unternehmer alles dafür, dass die Beschäftigten bleiben und dass es der Firma auch in Zukunft gut geht. Ich behaupte: Die SPD-Politiker, die Unternehmensnachfolger jüngst in den sozialen Medien diffamiert haben, würden einen derart anstrengenden Job erst gar nicht übernehmen! ■

Wir bedanken uns für das Gespräch.

WSM-Konjunktur

AUF EINEN BLICK

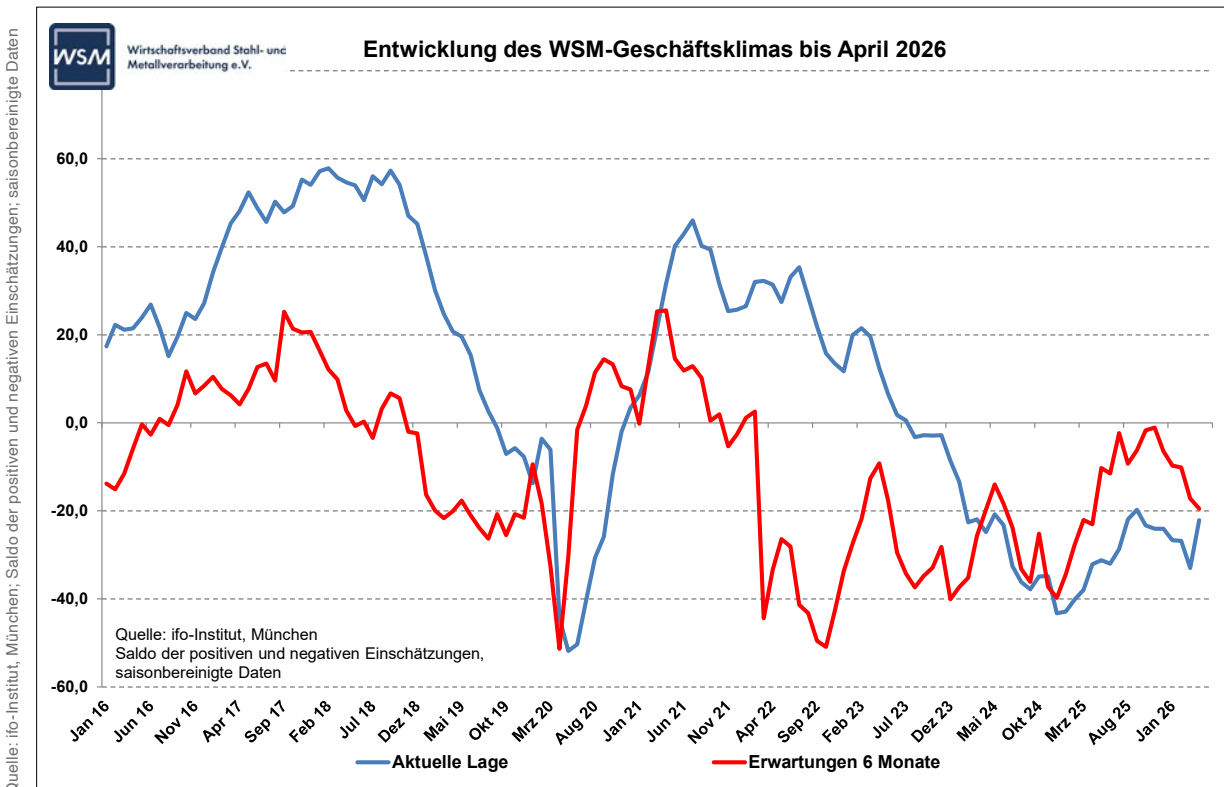
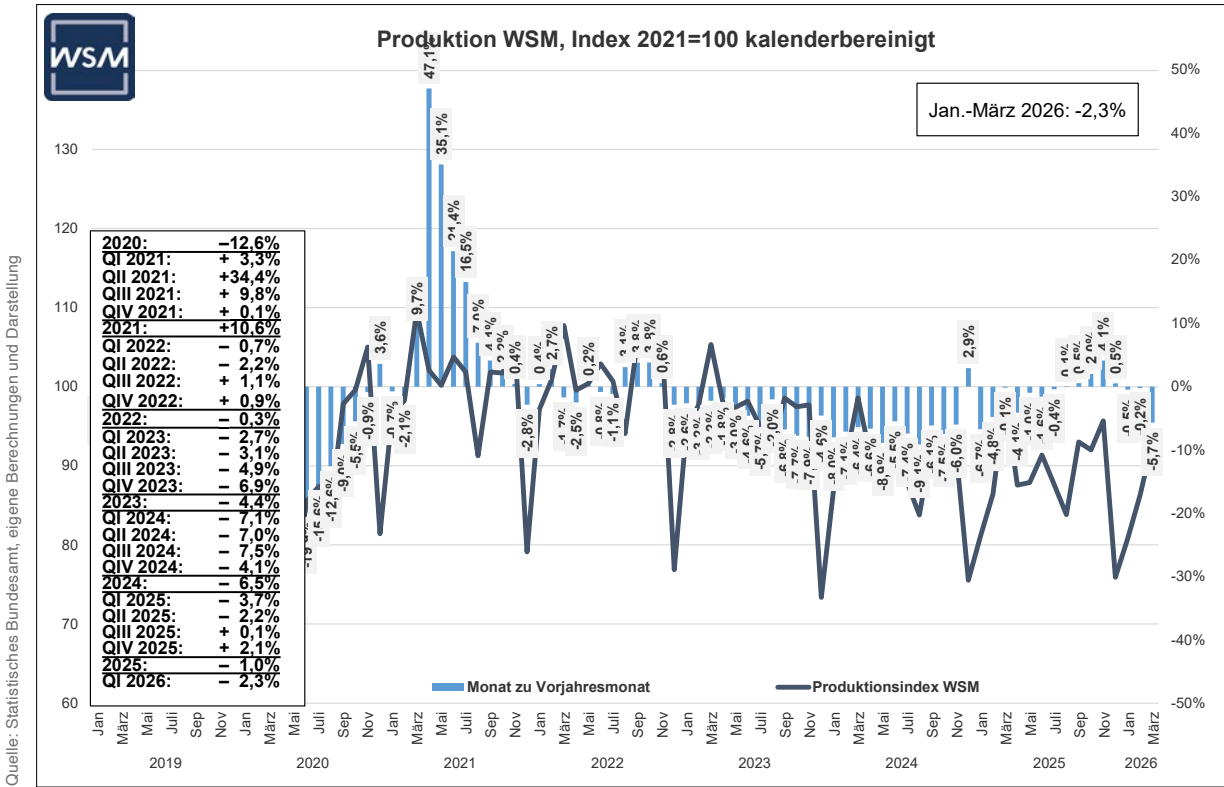




Foto: Maksym Yemelyanov – stock.adobe.com

WSM-Konjunktur

Produktion sinkt im ersten Quartal um 2,3 %

Nach vier aufeinanderfolgenden Rezessionsjahren starten die Stahl und Metall verarbeitenden Betriebe in Deutschland auch 2026 mit einem Produktionsrückgang. Im ersten Quartal wurde 2,3 % weniger produziert als im Vorjahr. Während im Januar und Februar noch knapp das Vorjahresniveau erreicht werden konnte, ging die Produktion im März um 5,7 % zurück. Die schwache Entwicklung dürfte mindestens teilweise durch den Konflikt im Nahen Osten und dessen Folgen auf die Energiepreise erklärbar sein. Einzelne Vormateriallieferanten haben ihre Produktion gedrosselt und dadurch die Wertschöpfungsketten beeinflusst. Der Auftragseingang zeigt sich davon unbelastet und liegt im März mit 6,7 % im Plus. Im ersten Quartal 2026 ist die Nachfrage damit um 1,6 % gestiegen.



Grafik

Produktion WSM,
Index 2021 = 100 kalenderbereinigt

Die Stimmung in den Stahl und Metall verarbeitenden Unternehmen in Deutschland hat sich im April etwas aufgehellt. Erstmals seit September 2025 wird die aktuelle Geschäftslage besser

bewertet als im Vormonat, und zwar um 10,9 Saldenpunkte. Die Aussichten für die kommenden sechs Monate haben sich dagegen weiter um 2,3 Punkte eingetrübt. Zur verbesserten Lageinschätzung passt der Anstieg der Kapazitätsauslastung um 3 Prozentpunkte auf mehr als 75 % – ein kleiner Schritt aus dem konjunkturellen Tal hinaus. Jetzt braucht es mutige Reformen gegen die hohe Unsicherheit in Richtung Zukunftsfähigkeit des Standortes.



Grafik

Entwicklung des WSM-Geschäftsklimas

Dipl.-Kaufmann Holger Ade

Leiter Industrie- und Energiepolitik

WSM Wirtschaftsverband Stahl-
und Metallverarbeitung e.V.

Goldene Pforte 1

58093 Hagen

Telefon: 0160 / 8407944

hade@wsm-net.de

www.wsm-net.de

Ansprechpartner



Foto: Industrieverband Massivumformung e. V.

WSM-Mitgliederversammlung

Die kommenden Jahre: anspruchsvoll, aber gestaltbar

Die WSM-Mitgliederversammlung fand am 7. Mai 2026 in Düsseldorf statt und versammelte zahlreiche Vertreter der Mitgliedsunternehmen. Im Fokus standen aktuelle Herausforderungen für den Industriestandort Deutschland sowie die inhaltliche Arbeit des Verbands.



Unter dem Projektorbild v. l. n. r. Ulrich Flatken, Präsident des WSM, Schatzmeister Dr. Claus Schwenzer, WSM-Hauptgeschäftsführer Christian Vietmeyer

Der Einladung zur WSM-Mitgliederversammlung folgten zahlreiche Vertreter der Mitgliedsverbände und Unternehmer. Im Fokus standen aktuelle Herausforderungen für den Industriestandort Deutschland sowie die inhaltliche Arbeit des Verbands.

Nach der Begrüßung durch Präsident Ulrich Flatken und den formalen Einstieg bildete ein

wirtschaftspolitischer Impuls den zentralen Programmpunkt. Professor Hubertus Bardt vom Institut der deutschen Wirtschaft (iw) in Köln ordnete in seinem Vortrag die Situation des Industriestandorts Deutschland ein in den Kontext globaler Krisen, struktureller Veränderungen und zunehmender Unsicherheiten. Er zeigte auf, dass geopolitische Spannungen, schwache Wachstumsimpulse und strukturelle Herausforderun-



Foto: vegafox.com - stock.adobe.com

gen wie Fachkräftemangel und Investitionsrückgänge die Entwicklung bremsen. Gleichzeitig betonte er die bestehenden Stärken Deutschlands, etwa die industrielle Basis, Innovationsfähigkeit und die leistungsfähige Infrastruktur.

Anschließend schätzte Mahmut Özdemir (SPD), Mitglied des Deutschen Bundestags, in erfrischend offenen und teilweise launigen Worten die aktuelle Lage ein. Er resümierte, dass die Arbeit der Bundesregierung die Erwartungen nicht erfülle und kein dringend notwendiges Wirtschaftswachstum auslöse.

Nach diesem Vortrag schauen die Mitglieder mit einem realistischen, aber differenzierten Blick in die Zukunft. Die Herausforderungen wurden klar herausgestellt. Zugleich wurde deutlich, dass Deutschland weiterhin über tragfähige Stärken verfügt. Die kommenden Jahre werden von den Mitgliedern als anspruchsvoll, aber gestaltbar eingeschätzt – verbunden mit der Erwartung, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen gezielt verbessert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu sichern.

Im Anschluss gab die Geschäftsführung einen Überblick über die aktuellen Arbeitsschwerpunkte des Verbands, insbesondere in den Bereichen Industrie-, Energie-, Umwelt- und Arbeitsschutzpolitik.



Foto: Heike Wippermann

Angelo Castrignano



Foto: Malik Grundmann, Beatrix Brand

Beatrix Brand

Neu ins WSM-Präsidium gewählt wurden Frau Beatrix Brand, Geschäftsführerin August Friedberg GmbH, und Herr Angelo Castrignano, Geschäftsführer Schürholz GmbH & Co. KG Stanztechnik. ■

Yvonne Störmer

Assistentin des Hauptgeschäftsführers

WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.

Uerdinger Str. 58-62
40474 Düsseldorf
ystoermer@wsm-net.de
www.wsm-net.de



Foto: Privat

Ansprechpartnerin



Foto: Gorodenkoff - stock.adobe.com

ArGeZ Pressekonferenz am 20. April 2026

Die Zulieferindustrie steht unter anhaltendem Druck

Die deutsche Zulieferindustrie steckt weiterhin in einer tiefen Strukturkrise. Auch 2025 setzte sich der Negativtrend mit rückläufiger Produktion und sinkender Beschäftigung fort – eine Erholung ist bislang nicht in Sicht. Neben der schwachen Nachfrage belasten vor allem hohe Energie- und Arbeitskosten sowie zunehmender internationaler Wettbewerb die Unternehmen. Gleichzeitig führen geopolitische Unsicherheiten, steigende Importe und strengere regulatorische Vorgaben zu zusätzlichem Druck auf den Standort Deutschland.

Viele Unternehmen reagieren bereits mit Investitionen im Ausland oder einer stärkeren Internationalisierung. Die Branche fordert daher dringend bessere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, um Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und industrielle Wertschöpfung in Deutschland zu sichern. ■



Die vollständige Pressemitteilung zur Pressekonferenz finde Sie hier.



Foto: Wimdapped GmbH

V.l.n.r.: Dr. Martin Theuringer (bdguss), Michael Weigelt (TecPart), Christian Vietmeyer (WSM)

Yvonne Störmer

Assistentin des Hauptgeschäftsführers

WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.

Uerdinger Str. 58-62

40474 Düsseldorf

ystoermer@wsm-net.de

www.wsm-net.de



Foto: Privat

Ansprechpartnerin



Foto: Studio Peace - stock.adobe.com

RECHT

Der Bundesfinanzhof kippt die bisherige Praxis zur Umsatzbesteuerung von Mitgliedsbeiträgen in Sportvereinen

Mit Urteil vom 13. November 2025 erklärt der BFH die deutsche Verwaltungspraxis zur Nichtsteuerbarkeit von echten Vereinsbeiträgen als europarechtswidrig.

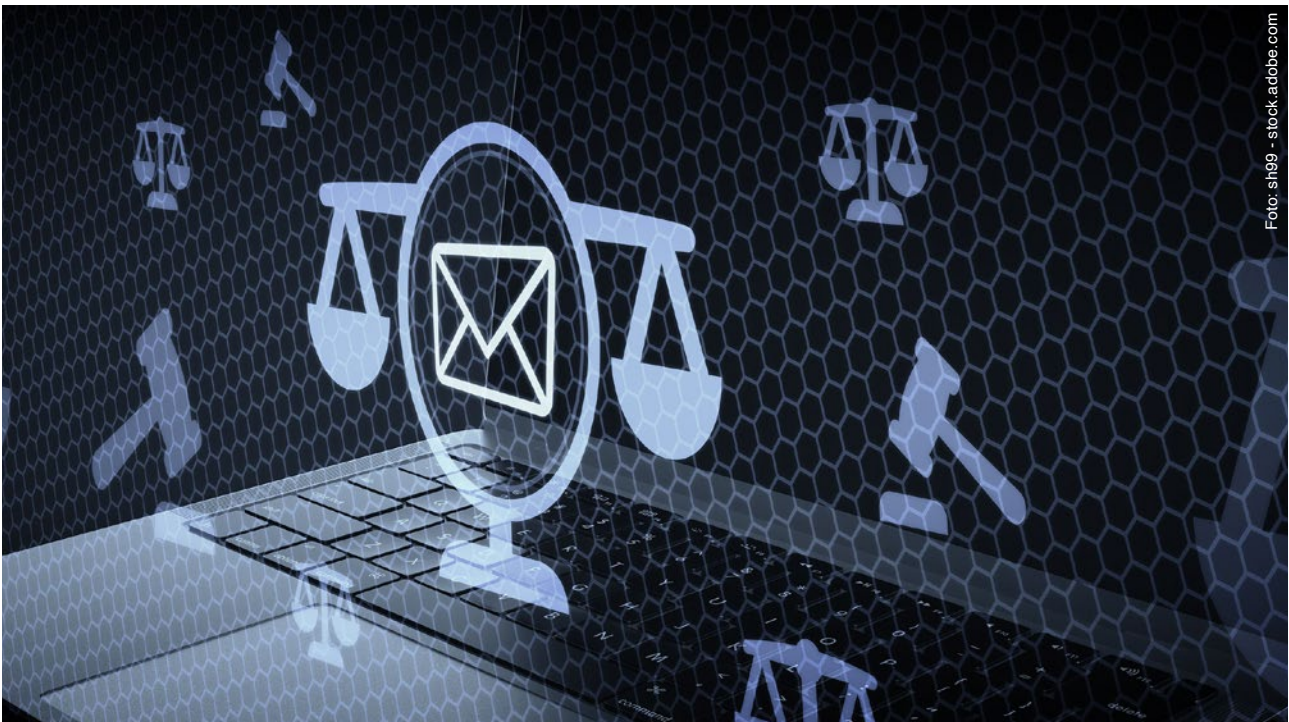
Im zugrundeliegenden Sachverhalt hat ein Sportverein gegen Mitgliedsbeiträge sportliche Veranstaltungen durchgeführt, an denen die Mitglieder teilnehmen können. Die Finanzverwaltung geht in ständiger Praxis davon aus, dass sogenannte echte Vereinsbeiträge keine steuerbaren Leistungen im Sinne von § 1 Abs. 1 Nr. 1 UstG seien. Auf eine Steuerbefreiungsvorschrift käme es mithin gar nicht mehr an. Der Bundesfinanzhof (BFH) urteilte nun hingegen (Az.: V R 4/23), dass sogenannte echte Mitgliedsbeiträge – verstanden als Beiträge für Tätigkeiten im ideellen Bereich ohne konkrete Gegenleistung – grundsätzlich umsatzsteuerbar sind. Denn das Unionsrecht kenne die Nichtsteuerbarkeit echter Mitgliedsbeiträge gar nicht.

Es müsse mithin geprüft werden, ob die Leistungen unter einen Steuerbefreiungstatbestand fallen. Im Entscheidungsfall bot § 4 Nr. 22 UStG eine Umsatzsteuerbefreiung.

Was bedeutet dieses Urteil für Verbände? Es bleibt abzuwarten, ob und wie die Finanzverwaltung diese Einzelfallentscheidung für anwendbar auf Verbände erklärt. Wenn die Entscheidung so auszulegen ist, dass auch echte Mitgliedsbeiträge immer umsatzsteuerbar sind, wird man sehen müssen, ob der Gesetzgeber die Umsatzsteuerbefreiungstatbestände auf Berufsverbände ausdehnt. Vereine und Verbände müssen jetzt darauf achten, ob es zu Änderungen kommen wird. ■

Vereinsmitglieder haben einen Anspruch auf Herausgabe der E-Mail-Adressen

Mit Urteil vom 10.12.2025 (Az.: II ZR 132/24) hat der Bundesgerichtshof (BGH) zum Verlangen eines Vereinsmitglieds auf Herausgabe der E-Mail-Adressen aller Vereinsmitglieder geurteilt.



Im Entscheidungsfall begehrte ein Mitglied die Herausgabe aller E-Mail-Adressen der anderen Mitglieder, um sich mit diesen vor der anstehenden Mitgliederversammlung über einen Grundstücksverkauf des Vereins abstimmen zu können. Der BGH gab dem Antragsteller Recht und begründete dies damit, dass ein Vereinsmitglied ein berechtigtes Interesse am Erlangen der E-Mail-Adressen der anderen Vereinsmitglieder habe, wenn es mit diesen im Vorfeld einer Mitgliederversammlung Kontakt aufnehmen wolle, um auf deren Abstimmungsverhalten Einfluss zu nehmen. Dies sei zur Wahrnehmung der Mitgliederrechte erforderlich und verstoße deshalb nicht gegen Artikel 6 DSGVO. Die Vereinsführung musste die E-Mail-Adressen herausgeben. ■

Christian Vietmeyer

Syndikusrechtsanwalt, Hauptgeschäftsführer

WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.

Uerdinger Straße 58-62

40474 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 95 78 68 22

cvietmeyer@wsm-net.de

www.wsm-net.de



Ansprechpartner

Industrielle Versicherungen (54)

Warum Transformation und Versicherbarkeit zusammengedacht werden müssen

Augen auf bei der Modernisierung: Während sich die betriebliche Realität weiterentwickelt, bleibt der Versicherungsschutz nicht selten auf einem Stand, der zu den früheren Verhältnissen passt.

Der industrielle Mittelstand steht unter erheblichem Anpassungsdruck. Steigende Kosten, technologische Veränderungen, regulatorische Anforderungen und der Zwang zur Effizienzsteigerung drängen viele Unternehmen dazu, Prozesse, Technik und teils sogar ihr Geschäftsmodell weiterzuentwickeln. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist das folgerichtig: Wer nicht investiert, verliert mittelfristig an Wettbewerbsfähigkeit. Unterschätzt wird dabei jedoch oft die versicherungstechnische Seite dieser Entwicklung.

Denn Transformation ist aus Sicht der Industrieversicherung keineswegs neutral. Wer neue Produktionsverfahren einführt, stärker automatisiert, digitale Steuerungstechnik aufbaut, in Energieeffizienz investiert oder neue Märkte erschließt, verändert zugleich sein Risikoprofil. Genau hier entsteht für viele mittelständische Unternehmen eine relevante Herausforderung. Die betriebliche Realität entwickelt sich weiter, der Versicherungsschutz bleibt dagegen nicht selten auf einem Stand, der zu früheren Verhältnissen passt.

Die Versicherbarkeit bestimmter Risiken ist anspruchsvoller geworden

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die Versicherbarkeit bestimmter Risiken anspruchsvoller

geworden ist. Das gilt insbesondere für Cyber Risiken, Produkthaftung bei Unternehmen mit US-Bezug, D&O-Versicherungen sowie den Brandschutz. Versicherer prüfen heute genauer, welche Risiken sie zeichnen und zu welchen Bedingungen. Es geht dabei längst nicht mehr nur um den Preis. Entscheidend ist, ob ein Risiko aus Sicht des Versicherers nachvollziehbar, beherrschbar und ausreichend begleitet erscheint.

Für mittelständische Unternehmen hat das praktische Folgen. Wer neue digitale Prozesse etabliert, muss damit rechnen, dass Fragen zur IT-Sicherheit, zu Notfallkonzepten und zu organisatorischen Schutzmaßnahmen stärker in den Vordergrund rücken. Wer sein Produktportfolio verändert oder neue Absatzmärkte erschließt, berührt haftungsrelevante Themen, die neu bewertet werden müssen. Und wer als Geschäftsführer in einer Phase des Umbruchs Entscheidungen trifft, bewegt sich auch aus D&O-Sicht in einem Umfeld, in dem Fehlentscheidungen oder Pflichtverletzungsvorwürfe schneller zum Thema werden können.

Die eigentliche Herausforderung liegt deshalb nicht allein in der Transformation selbst, sondern in der sauberen Verzahnung von Veränderung und Risikosteuerung. Viele Unternehmen denken Investitionen, Modernisierung und Wachstum sehr konkret. Der begleitende Versicherungs-



schutz wird dagegen häufig erst dann näher betrachtet, wenn die wesentlichen Entscheidungen bereits getroffen wurden oder die entsprechenden Maßnahmen schon umgesetzt sind. Genau darin liegt ein erhebliches Risiko.

Industrieversicherung wird zum Gradmesser dafür, wie ein Unternehmen mit seinen Risiken umgeht

Versicherbarkeit wird damit für den Mittelstand mehr und mehr zu einer Frage der Vorbereitung und der Transparenz. Unternehmen, die ihre Veränderungen frühzeitig dokumentieren, Schutzmaßnahmen nachvollziehbar darstellen und ihren Versicherer oder Makler rechtzeitig einbinden, stehen regelmäßig besser da als Unternehmen, die den Versicherungsschutz lediglich fortzuschreiben. Industrieversicherung wird damit nicht nur zum Instrument für den Schadenfall, sondern auch zum Gradmesser dafür, wie strukturiert und belastbar ein Unternehmen mit seinen Risiken umgeht.

Der Mittelstand muss sich transformieren. Daran führt kein Weg vorbei. Aber Zukunftsfähigkeit endet nicht bei Investitionen in Technik, Prozesse oder Märkte. Sie umfasst auch die Fähigkeit, diese Veränderungen versicherbar zu halten. Genau darin liegt eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre. ■

Dennis Gottschalk, M. Sc.

**VSM Versicherungsstelle
Stahl- und Metallverarbeitung GmbH**
Hohenzollernstraße 2
44135 Dortmund
Telefon: 0231 / 5404-521
Dennis.Gottschalk@leue.de



Ansprechpartner